
Ursula Hoffmann-Lange

Sozialliberale und konservative Vorstellungen in der FDP

Die politischen Einstellungen von FDP-Politikern und FDP-Anhängern in der westdeutschen Führungsschicht 1972

1. Einleitung

WÄHREND EINGEHENDE Analysen über die Entwicklung der FDP-Wählerschaft längst vorliegen, die uns Aufschluß über die Reaktion der Wähler auf die politische Umorientierung der FDP Ende der sechziger Jahre geben,¹ stützt sich unser Wissen über die Reaktionen anderer Personengruppen – seien es Parteimitglieder, Interessengruppen oder Journalisten – eher auf Einzelbeobachtungen denn auf systematisch erhobenes Material.²

Im folgenden sollen einige Ergebnisse präsentiert werden, die anhand von Umfragedaten Hinweise darauf geben können, wie die Führungsgruppen im Jahr 1972 das politische System der Bundesrepublik wahrnahmen und wo zu diesem Zeitpunkt die hauptsächlichen Linien politischen Konflikts zwischen ihnen verliefen. Diese sollen insbesondere unter dem Aspekt analysiert werden, welche Positionen die FDP-Politiker sowie die FDP-Anhänger in der Führungsschicht im Vergleich zu denen der übrigen Parteien einnehmen und welche Rolle der FDP zugeschrieben wird. Die benutzten Daten stammen aus einer Umfrage, bei der 1560 Inhaber von Führungspositionen in Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Gewerkschaften, anderen Interessengruppen und Massenmedien in ca. einstündigen mündlichen Interviews zu einer Reihe von Themen befragt wurden.³

Im vorliegenden Zusammenhang sollen die 1972 erhobenen politischen Einstellungen der Befragten zu folgenden drei Hauptbereichen näher analysiert werden:

- (1) Parteipräferenz und Einstellungen zu den verschiedenen politischen Parteien,

- (2) Einstellungen zum politischen System,
- (3) Einstellungen zu aktuellen politischen Streitfragen.

Die Bedeutung dieser politischen Einstellungen ergibt sich v. a. aus der herausragenden Rolle von gesellschaftlichen Eliten. Diese sind ja gerade durch ihren überproportionalen Einfluß auf politische Entscheidungsprozesse, d. h. durch gesellschaftliche Macht, definiert, und diese ermöglicht es ihnen, ihre Vorstellungen hier in einem sehr viel stärkeren Ausmaß zur Geltung zu bringen als das dem durchschnittlichen Wahlbürger möglich ist.

Ungeachtet der normativen Diskussion über die Vereinbarkeit von Eliten⁴ und Demokratie, ist die Tatsache unumstritten, daß auch in Gesellschaften mit demokratischer politischer Verfassung gesellschaftliche Macht sehr ungleich verteilt ist. Dabei ist zunächst noch ungeklärt, aber im vorliegenden Zusammenhang auch nur von sekundärer Bedeutung, ob diese Macht dichotom verteilt ist oder aber hierarchisch.⁵ Dagegen wurde bei der Anlage der Untersuchung davon ausgegangen, daß Macht in modernen Industriegesellschaften an die Einnahme von Herrschaftspositionen gebunden ist. Die Auswahl der Befragten erfolgte daher nach dem sog. »Positionsansatz«, bei dem zunächst Elitepositionen und erst im zweiten Schritt deren Inhaber identifiziert werden.⁶

Die Feststellung der Bedeutsamkeit von Eliten für gesellschaftliche Entscheidungsprozesse heißt zunächst noch nicht, daß man den Eliten einen besonders großen Handlungsspielraum im Sinne einer Verselbständigung gegenüber ihren Basisgruppen zugesteht. Sie bedeutet lediglich, daß man die Existenz und Größe dieses Handlungsspielraums als eine empirische Frage betrachtet. Die früher oft vertretenen beiden Extrempositionen des »sozialstrukturellen Determinismus« einerseits und des »voluntaristischen Elitismus« andererseits haben das dagegen nicht getan. Während der erste Ansatz davon ausging, daß Eliten nur Exponenten einer bestimmten Sozialstruktur sind, meinten die frühen Elitetheoretiker, daß die gesellschaftliche Entwicklung in erster Linie durch das Handeln von Eliten geprägt wird.

Zwar sind diese beiden Positionen in der neueren Literatur kaum mehr zu finden, jedoch muß das Problem der genauen Bestimmung der Handlungsspielräume von Eliten als noch weitgehend ungeklärt betrachtet werden. Die Forschung ist hier über die globale Feststellung, daß zwar die Sozialstruktur dem Elitverhalten Grenzen auferlegt, daß es aber dennoch einen Bereich nicht determinierter Entscheidungsmöglichkeiten für Eliten gibt, noch kaum hinausgekommen. Vielfach dürfte sich daher erst durch Einzelfallstudien, z. B.

durch Analysen der Ursachen für das Scheitern eines bestimmten Reformvorhabens, entscheiden lassen, was denn nun eigentlich machbar ist und was nicht.

Noch größere theoretische Schwierigkeiten entstehen, wenn man den Bereich der sog. »non-decisions« betrachtet, also derjenigen potentiellen Entscheidungen, die aus den verschiedensten Gründen erst gar nicht als Entscheidungsmaterien artikuliert und behandelt werden.⁷

Eine generelle Auslotung der Spielräume dürfte daher kaum möglich sein. Immerhin gibt es eine Reihe von Ergebnissen, die zur Klärung einer für die beabsichtigte Untersuchung wichtigen Frage, nämlich der nach dem Spielraum der politischen Elite im Vergleich zu den übrigen Führungsgruppen, beitragen können. Hier deuten alle verfügbaren Informationen darauf hin, daß die Entscheidungsfreiheit der politischen Führungsgruppen zumindest in doppelter Hinsicht eingeschränkt ist, und daß die Vorstellung von der beliebigen Veränderbarkeit gesellschaftlicher Strukturen durch politische Entscheidungen gewählter Handlungsträger verfehlt ist. Neben der – im normativen Demokratiemodell durchaus positiv bewerteten – Abhängigkeit politischer Entscheidungen von Wählerwünschen, zeigen sich die Grenzen einer »aktiven Politik«⁸ v. a. im Angewiesensein der Politik auf Informationen und Unterstützung durch wichtige Interessengruppen. Die drei Haupterfordernisse politischen Handelns, nämlich Sicherung der ökonomischen Stabilität, der Außenbeziehungen und der Massenloyalität⁹ setzen dem politischen Handeln Grenzen, die einer direkten Umsetzung politischer Zielvorstellungen in politische Entscheidungen entgegenstehen.

Aus dem Vorhergesagten ergibt sich daher, daß es nicht genügt, die Einstellungen von Politikern zu analysieren, um Aufschlüsse über den Bereich möglicher Entscheidungen zu erhalten, sondern daß auch die Ziele von Interessengruppen, Massenmedien und nicht zuletzt der Verwaltung von erheblicher Relevanz sind. Gerade in demokratischen pluralistischen Gesellschaften mit Parteienwettbewerb muß man mit der Existenz konkurrierender Interessen rechnen, über die der Vergleich zwischen den politischen Einstellungen der verschiedenen Elitengruppen Informationen liefern kann.

2. Politische Affiliationen der Führungsgruppen

WÄHREND BEI den befragten Spitzenpolitikern das Zahlenverhältnis zwischen den Parteien wegen der Unterschiede in der Organisationsstruktur der Parteien und Fraktionen sowie wegen der im politischen Bereich häufigen Ämterkumulation nichts über das Stärkeverhältnis der Parteien bei politischen Streitfragen aussagt, ermöglicht die Analyse der Verteilung der Parteipräferenzen in den übrigen Führungsgruppen wichtige Aufschlüsse über deren politische Ausrichtung. Die Nähe bzw. Ferne der Führungsgruppen zu den Parteien ist insofern ein wichtiger Indikator für deren Übereinstimmung mit den politischen Zielen der Parteien und für die Unterstützung materieller und immaterieller Art, die diesen gewährt wird.

Zunächst fällt auf, daß die nicht-politischen Führungsgruppen durchweg ein hohes politisches Engagement aufweisen. Mit Ausnahme der Führungsgruppe des Militärs nannten in jeder Gruppe mindestens 90% der Befragten eine eindeutige Parteipräferenz für eine der im Bundestag vertretenen Parteien. Entsprechend ist auch der Anteil der Parteimitglieder mit 39,3 % sehr hoch. Der Organisationsgrad variiert dabei allerdings ziemlich stark nach Sektor und Partei. Der höchste Anteil an Parteimitgliedern findet sich in der Ministerialbürokratie, im Rundfunk(Funk/Fernsehen) sowie in den Gewerkschaften. Besonders gering ist er dagegen bei den führenden Presse-Journalisten und bei den Vertretern von Industrieunternehmen und Wirtschaftsverbänden. Die SPD-Anhänger wiederum sind zu einem deutlich höheren Prozentsatz zugleich Parteimitglieder als die Anhänger von CDU/CSU und FDP, was den traditionellen Charakter der SPD als Mitgliederpartei auch in den Führungsgruppen bestätigt.

Bei der Analyse der Parteinähe zeigt sich ebenfalls eine stärkere Identifikation der SPD-Anhänger mit ihrer Partei, während die Anhänger der bürgerlichen Parteien ihrer präferierten Partei jeweils etwas reservierter gegenüberstehen. Jedoch ist die Parteiidentifikation der Befragten in der Ministerialbürokratie, wohl bedingt durch deren zunehmende politische Rolle, die sich in dem besonders hohen Anteil von Parteimitgliedern (52,6 %) ausdrückt, generell höher als in den übrigen Funktionsbereichen.¹⁰

Betrachtet man zunächst das Stärkeverhältnis der Parteien in der gesamten nicht-politischen Elite, so zeigt sich ein deutliches Übergewicht für die CDU/CSU mit 51,7 %, eine im Vergleich zu den Bundestagswahlergebnissen 1969 und 1972 überdurchschnittlich häufige Präferenz für die FDP mit 13,4 % (BTW 69: 5,8%, BTW 72: 8,4%)

sowie schließlich eine deutliche Unterrepräsentation der SPD mit 28,5 %. Dieses Bild kann jedoch in doppelter Weise irreführend sein: Da alle Befragten mit gleichem Gewicht in die Analyse eingehen, werden dabei die unstrittig bestehenden Machtunterschiede innerhalb und zwischen den Führungsgruppen nicht berücksichtigt. Daher können diese Zahlen das tatsächliche Gewicht der einzelnen Parteien in der Führungsschicht verzerrt wiedergeben. Außerdem verdecken die globalen Werte die sehr unterschiedlichen Muster der Parteipräferenzen in den Gruppen. Da diese wiederum auf unterschiedlichen Sachgebieten aktiv und damit einflußreich sind, kann erst eine Differenzierung nach Gruppen ein adäquateres Bild vom Stärkeverhältnis der Parteien liefern, auch wenn gruppeninterne Machtunterschiede dabei nicht berücksichtigt werden können.

Es zeigt sich zunächst, daß keine der Führungsgruppen in dem Sinne repräsentativ für die Wahlbevölkerung ist, daß sie ähnliche Anteile für die einzelnen Parteien aufwiese. Am ehesten ist dies noch für die Ministerialbürokratie, die führenden Journalisten und die Wissenschaft der Fall. Während jedoch in der Ministerialbürokratie die SPD unterrepräsentiert ist, gilt bei den Journalisten und der Wissenschaft dasselbe für die CDU/CSU.

Bei den übrigen Gruppen zeigt sich eine enge Verbindung zwischen wirtschaftlichen Interessengruppen sowie dem Militär und der CDU/CSU einerseits, Gewerkschaften und SPD andererseits.

Die FDP ist im Vergleich zu ihren Wahlergebnissen in fast allen Führungsgruppen überrepräsentiert. Lediglich in den Gewerkschaften und im Militär findet sie kaum Anhänger. Besonders stark ist sie bei den politischen Beamten auf Bundesebene (21,8 %), bei den Herausgebern/Verlegern der führenden Presseorgane sowie in der Wissenschaft vertreten. Während dies bei der erstgenannten Gruppe hauptsächlich auf ihre Beteiligung an der Bundesregierung zurückzuführen sein dürfte, gehören die beiden übrigen Gruppen zur traditionellen Klientel liberaler Parteien, nämlich zum klassischen Bildungsbürgertum.

Bei den wirtschaftlichen Interessengruppen findet die FDP weitaus weniger Anhänger beim Management von Großindustrie (11,0 %) und Banken/Versicherungen (9,5 %) als bei den Wirtschaftsverbänden von Industrie/Banken/Versicherungen (16,8 %), gewerblichem Mittelstand und Landwirtschaft, in deren Mitgliedschaft kleinere und mittlere Unternehmen – zumindest zahlenmäßig – dominieren.

Hinsichtlich der FDP legen die Ergebnisse zur Parteipräferenz, Parteimitgliedschaft und Parteiidentifikation die Vermutung nahe, daß

Tabelle 1: Parteipräferenzen in den Führungsgruppen (in %)^{a)}

Präferenz für	SPD	FDP	CDU ^{b)}	CSU ^{b)}
Ministerialbürokratie	33,7	14,4	40,2	4,2
Massenmedien: Presse	41,5	16,9	35,4	3,1
Massenmedien: Rundfunk	56,4	7,4	33,0	1,1
Herausgeber/Verleger	23,7	23,7	44,7	5,3
Wirtschaft ^{c)}	9,8	12,4	64,7	8,6
Gewerblicher Mittelstand	10,0	15,0	60,0	5,0
Landwirtschaft	7,5	17,0	58,5	15,1
Gewerkschaften	74,2	3,2	21,0	—
Wissenschaft	43,5	23,9	28,3	2,2
Militär	9,8	2,4	70,7	2,4

- a) Die Zahlen addieren sich nicht zu 100%, da jeweils einige der Befragten keine eindeutige Parteipräferenz äußerten.
- b) Bei den Werten für die CDU und CSU ist zu berücksichtigen, daß die Parteipräferenz für eine der beiden Parteien unabhängig vom Wohnsitz geäußert werden konnte. Sie kann daher eher als Ausdruck ideologischer Nähe verstanden werden.
- c) Zur Führungsgruppe Wirtschaft wurden die Befragten aus Großunternehmen, Banken, Versicherungen sowie Industrie- und Arbeitgeberverbänden gerechnet.

diese Partei in den Führungsgruppen von Massenmedien, Wirtschaft und Wissenschaft über ein Potential von Anhängern verfügt, das bei verstärkten Bemühungen durchaus noch enger an die Partei gebunden werden könnte.

3. Koalitionspräferenzen der Führungsgruppen

BETRACHTET MAN nicht nur die geäußerte Sympathie für die präferierte Partei, sondern auch die für die übrigen Parteien, so zeichnen sich v. a. in der politischen Elite, aber auch in den übrigen Führungsgruppen, deutlich die Konturen der Sozialliberalen Koalition ab. Die Politiker von FDP und SPD schätzen den Koalitionspartner jeweils fast ebenso positiv ein wie die eigene Partei, während sie die beiden Unionsparteien eindeutig negativ bewerten. In umgekehrter Richtung zeigt sich dasselbe Bild. Bei den Parteianhängern ist diese Konfliktfront ebenfalls ziemlich ausgeprägt, auch wenn bei ihnen die Identifikation mit der eigenen Partei und die Ablehnung der gegnerischen Parteien jeweils schwächer ausgeprägt ist.

Tabelle 2: Parteinähe der FDP-Politiker und der FDP-Anhänger in den übrigen Funktionsbereichen

	Organisationsgrad (% Parteimitglieder)	Parteinähe (1 = überzeugter Anhänger, 6 = schwache Sympathie; Mittelwerte)
FDP-Politiker	100,0	1,1
FDP-Anhänger in ^{a)} : nicht-politischer Elite		
insg.	27,2	3,2
Ministerialbürokratie	46,4	2,8
Massenmedien	13,8	3,4
Wirtschaft	4,7	3,5
SPD-Politiker	100,0	1,3
SPD-Anhänger	60,7	2,5
CDU-Politiker	100,0	1,2
CSU-Politiker	100,0	1,6
CDU-Anhänger		3,2
CSU-Anhänger	33,8 ^{b)}	2,9

^{a)} Für die Führungsgruppen Herausgeber/Verleger, Gewerblicher Mittelstand, Landwirtschaft, Wissenschaft und Militär, in denen die Zahl der FDP-Anhänger unter 12 liegt, werden keine Werte ausgewiesen. Die Journalisten aus Presse und Rundfunk werden aus demselben Grund zusammengefaßt.

^{b)} Der Organisationsgrad für CDU und CSU muß gemeinsam ausgewiesen werden, da die Parteimitgliedschaft an Wohnsitzvoraussetzungen geknüpft ist, die Parteipräferenz jedoch nach Übereinstimmung mit den Zielen der Parteien eingestuft wurde. Es kam daher in einer Reihe von Fällen vor, daß CDU-Mitglieder die CSU der CDU vorzogen und umgekehrt.

Die von den Politikern gegebenen Rangordnungen für die Parteien bekräftigen dieses Ergebnis: 91,3 % der SPD-Politiker und 94,3 % der FDP-Politiker ziehen den Koalitionspartner der CDU/CSU vor. Zu entsprechend hohen Anteilen (91,8 % und 95,5 %) ziehen die Politiker der christlichen Parteien ihre jeweilige Schwesterpartei den Parteien der Sozialliberalen Koalition vor.

Interessant ist hier jedoch auch die Vergabe des dritten Rangplatzes: SPD- und FDP-Politiker plazieren in ihrer überwältigenden Mehrheit die CDU vor der CSU. Dagegen ist das Verhältnis, zu dem die CDU/CSU-Politiker die SPD bzw. FDP auf den dritten Platz setzten, in etwa ausgeglichen. Von den CDU-Politikern zogen 56,2 % die

SPD der FDP vor und 35,6% umgekehrt. Bei den CSU-Politikern ist das Verhältnis 45,5% zu 50,0%.

Auch bei den Parteirangordnungen weisen die Partei-Anhänger in den übrigen Führungsgruppen ein ähnliches Muster auf wie die Politiker, jedoch mit einer gravierenden Ausnahme: Von den FDP-Anhängern zogen zwar 60,2% die SPD der CDU/CSU vor, eine starke Minderheit von 37,3% gab jedoch der CDU einen besseren Rangplatz als der SPD.

Bei den Antworten auf die Frage nach der präferierten Koalition zeigt sich noch deutlicher, daß es 1972 kaum Politiker gab, die eine andere Alternative als die zwischen einer Sozialliberalen Koalition einerseits und einer CDU/CSU-Alleinregierung andererseits sahen, auch wenn die Mehrheit der SPD-Politiker einer SPD-Alleinregierung den Vorzug gegeben hätte (71,4% für Alleinregierung, 25,5% für Sozialliberale Koalition). Angesichts der geringen Chancen für eine absolute Mehrheit der SPD und der hohen Sympathiewerte der SPD-Politiker für die FDP, scheint es gerechtfertigt, diese Befragten ebenfalls als Anhänger der Sozialliberalen Koalition zu bezeichnen. Die FDP-Politiker sprachen sich nahezu geschlossen (97,6%) für eine Sozialliberale Koalition aus, die CDU/CSU-Politiker für eine CDU/CSU-Alleinregierung (89,0% und 91,7%).

Bei den befragten Nicht-Politikern sind die Fronten in dieser Beziehung nicht mehr so klar, es zeigen sich jedoch auch keine eindeutigen Mehrheiten für eine alternative Regierungskoalition. Die SPD-Anhänger wünschen zu 45,1% eine Alleinregierung ihrer Partei und zu 41,4% eine Koalition mit der FDP, nur zu 8,9% aber eine Große Koalition mit der CDU/CSU. Die Mehrheit der FDP-Anhänger (61,7%) sprach sich für eine Sozialliberale Koalition aus, 18,3% zogen eine Kleine Koalition mit der CDU/CSU vor.

Die Anhänger der Unionsparteien verteilen ihre Präferenzen auf drei verschiedene Regierungskonstellationen:

	% CDU/CSU-Alleinregierung	% CDU/CSU und FDP	% CDU/CSU und SPD	Andere
CDU-Anhänger	33,7	31,2	25,7	8,4
CSU-Anhänger	44,8	28,4	22,4	4,4

Die gefundene klare Trennung zwischen Sozialliberaler Koalition und CDU/CSU wird durch die Ergebnisse für eine Reihe weiterer

Fragen nach dem Regierungswechsel 1969, nach der Bewertung der gegenwärtigen Bundesregierung sowie einer erneuten Regierungsübernahme durch die CDU/CSU bestätigt. Alle gefundenen Ergebnisse indizieren, daß dieser Gegensatz 1972 durchaus nicht nur den Vorstellungen der Politiker entsprach, sondern von den übrigen Führungsgruppen ebenso wahrgenommen und bewertet wurde.

Auch die FDP-Anhänger haben zu diesem Zeitpunkt in ihrer Mehrheit den Koalitionswechsel zur SPD mitvollzogen, auch wenn hier noch ein gewisses Potential für die traditionelle Kleine Koalition mit der CDU/CSU festzustellen ist.

4. Die Einstellungen der Führungsgruppen zum Regierungssystem

FAST ALLE Elitetheoretiker haben mehr oder weniger explizit darauf hingewiesen, daß zur Aufrechterhaltung einer politischen Ordnung neben der Legitimität dieser Ordnung und ihrer Akzeptierung von seiten der Herrschaftsunterworfenen immer auch ein Mindestmaß an Konsens innerhalb der herrschenden Elite vorhanden sein muß. Dieser Konsens bezieht sich auf die Natur und die Wünschbarkeit der Gesellschaftsordnung,¹¹ in der diese Elite agiert. Während jedoch in den meisten politischen Systemen dieser Konsens in erster Linie über ähnliche Zielsetzungen konstituiert wird, zeichnen sich pluralistische Systeme mit Parteienwettbewerb dadurch aus, daß hier Zieldivergenzen zwischen Führungsgruppen ausdrücklich akzeptiert werden und spezifische politische Institutionen existieren, die der Kompromiß- und Entscheidungsfindung dienen. So ist es möglich, zwischen den Inhalten von Konflikten und der Form der Konfliktaustragung zu unterscheiden. Diese Unterscheidung ermöglicht erst die Ablösung der Legitimität der getroffenen Entscheidungen von deren Inhalt.¹² Damit ist der zur Aufrechterhaltung von Stabilität notwendige Konsens auf die gemeinsame Akzeptierung von »Spielregeln« der Konfliktaustragung reduziert.¹³

Als Indikatoren für die Akzeptierung der Spielregeln werden in der Regel die Einstellungen zur demokratischen Regierungsform, Toleranz gegenüber anderen politischen Meinungen, Bereitschaft zur rationalen Konfliktaustragung usw. benutzt. Bisherige empirische Untersuchungen haben gezeigt, daß diese Werthaltungen in der Schicht

der politisch Aktiven in weit stärkerem Ausmaß vorhanden sind als in der Wahlbevölkerung.¹⁴

In der vorliegenden Studie waren eine Reihe von Statements enthalten, die sich auf Prinzipien demokratischer Regierungskontrolle und des pluralistischen Kräftespiels beziehen, deren Beantwortung Aufschluß darüber geben kann, wie stark demokratische Werthaltungen in den einzelnen Führungsgruppen verankert sind. Dies sind:

(1) In der Bundesrepublik kommt es weniger auf eine wirksame öffentliche Kontrolle der Regierung an, als vielmehr darauf, daß es überhaupt eine starke, zielbewußte und handlungsfähige Regierung gibt.

(2) Demokratie ist auf die Dauer in Deutschland nur möglich, wenn sich eine starke politische Führung über alle Gruppeninteressen hinwegsetzt.

(3) Stabilität und Kontinuität der politischen Führung sind für die Bundesrepublik wichtiger als eine möglichst hohe Chance der Ablösung einer Regierungspartei durch die Opposition.

(4) Das Gemeinwohl in der Bundesrepublik und die Interessen des ganzen Volkes werden grundsätzlich durch die ständigen Forderungen und Auseinandersetzungen der Interessengruppen gefährdet.

(5) Um sozial gerechte Lösungen zu finden, ist es nicht notwendig, Konflikte offen auszutragen.

(6) Auch wer in einer Auseinandersetzung Recht hat, sollte einen Kompromiß suchen.

(7) In der Demokratie muß die Bevölkerung durch die Abstimmung in allgemeinen Wahlen einen möglichst großen Einfluß auf die personelle Zusammensetzung und das Programm der Regierung haben.

Die Ablehnung der ersten fünf dieser Statements und die Zustimmung zu den beiden letzten zeugt von einem mehr liberal-pluralistischen im Gegensatz zu einem mehr autokratischen Staatsverständnis. Vergleicht man nun die mittleren Prozentwerte der Parteipolitiker und Parteianhänger in den übrigen Führungsgruppen, so zeigen sich die folgenden Werte (% liberal-pluralistische Antworten):

SPD-Politiker	75,7 %
SPD-Anhänger	74,9 %
FDP-Politiker	74,5 %
FDP-Anhänger	69,0 %
CDU-Politiker	60,1 %
CDU-Anhänger	60,2 %
CSU-Politiker	55,2 %
CSU-Anhänger	50,8 %

Die Politiker der Unionsparteien äußerten dabei ein deutlich autokratischeres Staatsverständnis als die der SPD und FDP, die wiederum fast gleiche Werte aufweisen. Die Anhänger der verschiedenen Parteien unterscheiden sich bei SPD und CDU praktisch nicht von den Politikern der jeweiligen Partei, bei FDP und CSU ist ihr Prozentwert etwas geringer.

Da Vergleichszahlen aus Bevölkerungsumfragen fehlen, läßt sich nicht beurteilen, ob die Führungsgruppen tatsächlich zu einem höheren Ausmaß liberal-pluralistische Werthaltungen haben, jedoch zeigen die Daten deutlich, daß von einem Konsens über solche Werte innerhalb der Führungsschicht keine Rede sein kann. Ein solcher Konsens, definiert als mindestens 80 % Zustimmung in jeder Gruppe, existiert lediglich für die beiden letzten Statements, die die Kompromißbereitschaft und die Anerkennung des Prinzips allgemeiner Wahlen beinhalten. Dies entspricht wiederum empirischen Resultaten aus den USA, die zeigen, daß ein Konsens auch in der Gruppe der politisch Aktiven faktisch nur für sehr allgemeine Prinzipien, nicht jedoch für Fragen der praktischen Anwendung dieser Prinzipien vorhanden ist.¹⁵

Versuche, andere Faktoren zu finden, die die hohe Stabilität des amerikanischen politischen Systems angesichts dieser Ergebnisse erklären können, sind über Spekulationen über die funktionale Rolle politischer Apathie und der nur geringen Verhaltensrelevanz politischer Überzeugungen nicht hinausgekommen.¹⁶ Eine andere Möglichkeit würde jedoch darin bestehen, auf das Konsenspostulat im Hinblick auf gemeinsame Werthaltungen ganz zu verzichten und diese Werthaltungen eher dem Sektor der Interessen und politischen Ziele zuzuordnen, in dem ja divergierende Auffassungen als durchaus nicht stabilitätsbedrohend empfunden werden. Der Begriff der »Spielregeln« müßte dann sehr viel konkreter gefaßt werden und sich in erster Linie auf die Akzeptierung der politischen Institutionen und des Majoritätsprinzips bei Wahlen und Abstimmungen beziehen.

Hierfür zeigen die Daten nun tatsächlich einen weitgehenden Konsens in den Führungsgruppen: Der politische Einfluß der zentralen politischen Institutionen – nämlich von Bundesregierung, Bundestag, Parteien (allgemein), Bundespräsident, Bundesverfassungsgericht, Bundeswehr sowie der Wähler – wird von über 80 % der Befragten in allen Gruppen gutgeheißen. Das bedeutet, daß sich in keiner der Führungsgruppen nennenswerte Segmente dem bestehenden politischen System entfremdet fühlen.

5. Divergenzen zwischen den politischen Issue-Überzeugungen

DIE ENTSTEHUNG des deutschen Parteiensystems im 19. Jh. läßt sich als Konsequenz dreier großer historischer Konfliktlagen (Cleavages) erklären:

- (1) des konstitutionellen Konflikts zwischen Liberalismus und Konservatismus,
- (2) des konfessionellen Konflikts zwischen politischem Katholizismus und Staat sowie
- (3) des wirtschaftlichen Konflikts zwischen Kapitalismus und Sozialismus.

Diese führten zur Ausbildung der vier im Kaiserreich bedeutsamen politischen Gruppierungen: Konservative, Liberale, Katholiken (Zentrum) und Sozialdemokraten, wobei die Liberalen sich schon bald in einen nationalliberalen, den Konservativen nahestehenden und einen linksliberalen Flügel spalteten.¹⁷

Im Parteiensystem der Bundesrepublik sind drei dieser traditionellen Gruppierungen noch deutlich auszumachen. Die SPD hat dabei als einzige Partei auch eine organisatorische Kontinuität aufzuweisen. Die CDU/CSU steht in der Tradition des alten Zentrums, wobei sie jedoch bewußt ihre Wählerbasis auf die evangelische Konfession ausgedehnt hat. Die FDP schließlich verkörpert die liberale Tradition, wobei sie von Anbeginn die beiden früher organisatorisch getrennten Flügel umfaßt hat.

Lediglich die Konservativen sind als eigenständige Partei von der Bildfläche verschwunden. Das ist darauf zurückzuführen, daß der alte konstitutionelle Konflikt durch die Einführung der demokratischen Regierungsform faktisch gegenstandslos geworden ist. Darüberhinaus verloren die Konservativen mit der Auflösung der alten Oberschicht und der Entwicklung der Volksparteien ihre alte Wählerbasis. »Konservativ« sein bedeutet daher heute nicht mehr das Eintreten für eine bestimmte (monarchistische) politische Ordnung. Der Begriff hat seine inhaltliche Bestimmung verloren und kennzeichnet nur noch eine politische Haltung, die am Hergebrachten festhalten will, im Gegensatz zu einer mehr reformerischen (»progressiven«) Haltung. Konservative politische Vorstellungen in diesem Sinn finden sich heute v. a. in der CDU und noch mehr in der CSU.¹⁸

Dieses Wegfallen des konstitutionellen Konflikts hatte natürlich auch Konsequenzen für den Liberalismus, der ja zunächst den Gegenpol zum Konservatismus darstellte. So ist vielfach darauf hingewiesen worden, daß liberale Vorstellungen heute Eingang in die Pro-

grammatik aller Parteien gefunden haben, was es auch der FDP als liberaler Partei schwermacht, ihre eigenständige Rolle im politischen Cleavage-System zu definieren.¹⁹

Von den alten Konfliktdimensionen spielen also heute nur noch Religion und Schicht eine Rolle für das Parteiensystem. Ob diese beiden Faktoren über ihre Bedeutung für das Wahlverhalten²⁰ hinaus auch eine inhaltliche Kontinuität der alten Konflikte signalisieren, darf jedoch bezweifelt werden. Dies betonen u. a. Lepsius und Pappi in ihren Analysen der Bundestagswahl 1972.²¹ Veränderungen in den Inhalten der Konflikte zwischen den Parteien dürften v. a. auf die zwangsläufige Veränderung politischer Probleme innerhalb eines so großen Zeitraums, die zunehmende Auflösung subkultureller Milieus durch soziale und regionale Mobilität²² sowie die überproportionale Zunahme des »sozial-strukturell bedingten Lebenserfahrungen nur wenig ausgesetzten« neuen Mittelstandes²³ zurückzuführen sein.

Die Entwicklung der politischen Parteien von der Interessenvertretung spezifischer sozialer Gruppen zu Volksparteien mit dem zumindest tendenziellen Anspruch, die Interessen aller Bevölkerungsgruppen zu vertreten und in allen Gruppen um Wählerstimmen zu konkurrieren, hat zwei wichtige Konsequenzen für die Bearbeitung neu auftretender politischer Probleme: Erstens sind die Parteien dadurch eher in der Lage, auch Interessen aufzugreifen, die entweder nur Randgruppen (z. B. Sozialhilfeempfänger) oder aber die Gesamtheit der Bevölkerung (z. B. Umweltschutz) betreffen und die bei einer rigiden Zuordnung von Parteien zu Gruppeninteressen sehr viel schwerer bearbeitbar wären. Zum andern sinkt jedoch damit auch die Wahrscheinlichkeit für das Auftreten neuer Parteien in dem Maße, in dem die bestehenden Parteien in der Lage sind, neue politische Probleme aufzugreifen und die damit verbundenen Konflikte in das bestehende Parteiensystem zu integrieren.²⁴

Damit rückt die aktive Rolle der Parteien bei der Wahrnehmung und Artikulation politischer Probleme sowie bei der Strukturierung der politischen Überzeugungen ihrer Mitglieder und Wähler in den Blickpunkt des Interesses.²⁵ Die heute wichtigen politischen Probleme sind daher in den Zielvorstellungen der Parteien zu suchen. Nur dort kann sich zeigen, was als politisches Problem definiert wird, und ob bzw. inwiefern bei der Problemdefinition und bei den Lösungsvorschlägen Divergenzen zwischen den Parteien bestehen. Dabei kann die Kontinuität alter ebenso wie die Bedeutung neuer Probleme und Cleavages zwischen den Parteien festgestellt werden.

Tab. 3 (S. 182f.) zeigt die Zustimmungsraten bei den Politikern der

Tabelle 3: Einstellungen zu politischen Issues (% Zustimmung)

	SPD	Politiker		CSU	FDP-Anhänger
		FDP	CDU		
1. Außenpolitik					
(1) Die größte Gefahr für die westlichen Demokratien ist nach wie vor der aggressive Weltkommunismus, dem nur mit Härte begegnet werden kann.	26,0	14,3	93,4	90,5	48,5
(2) Stärkung der Verteidigungskraft des westlichen Bündnisses	79,8	69,0	100,0	100,0	83,5
(3) Völkerrechtliche Anerkennung der DDR	52,2	45,0	1,3	8,3	52,0
(4) Verzicht auf nationale Souveränität zugunsten der Einheit Westeuropas	91,8	92,9	92,5	87,0	92,6
2. Gesellschaftspolitik					
(5) Liberalisierung des Strafrechts	90,6	92,9	36,7	8,7	68,6
(6) Einführung der Gesamtschule	94,8	95,2	18,2	9,1	74,9
(7) Vieles spricht dafür, für bestimmte Verbrechen die Todesstrafe auch in der Bundesrepublik einzuführen	2,1	4,8	20,5	57,1	20,2
(8) Erziehung der Jugend zur Einfügung in die bestehende Ordnung	47,3	45,2	79,7	100,0	65,6
(9) Meinungs- und Diskussionsfreiheit müssen dort ihre Grenze haben, wo elementare moralische Überzeugungen und sittliche Grundwerte berührt werden	32,3	22,0	78,8	66,7	43,6
3. Wirtschaftspolitik					
(10) Erweiterung der Mitbestimmung	95,8	76,6	55,0	45,8	50,9
(11) Erweiterung der Sozialversicherung	97,9	78,6	91,4	91,7	69,2

	SPD	Politiker FDP	CDU	CSU	FDP- Anhänger
(12) Einschränkung der privaten Verfügungsgewalt über Grund und Boden	88,5	66,7	46,3	41,7	59,1
(13) Vermögensumverteilung	95,7	61,0	63,2	45,8	65,3
(14) Erhaltung der deutschen Landwirtschaft	61,1	81,0	91,4	100,0	74,9
(15) Sicherung des selbständigen Mittelstandes	78,1	95,2	98,8	100,0	88,5
(16) Erhaltung der Sozialen Marktwirtschaft	84,4	92,9	100,0	100,0	98,9
(17) Finanzierung von Umweltschutzmaßnahmen nach dem Verursachungsprinzip	100,0	100,0	93,7	91,7	92,6

vier Parteien sowie bei den FDP-Anhängern in den übrigen Führungsgruppen zu einer Reihe mehr oder weniger aktueller politischer Issues. Dabei wird deutlich, daß der bei den Parteieinschätzungen gefundene Gegensatz zwischen der Sozialliberalen Koalition und der CDU/CSU durchaus Parallelen in sachlichen Meinungsverschiedenheiten hat. In der Außen- und Gesellschaftspolitik stehen ähnlichen Urteilen von SPD- und FDP-Politikern z. T. sehr drastisch von diesen abweichende der CDU/CSU-Politiker gegenüber. Diese beiden Politikbereiche bildeten zur Zeit der Befragung die Grundlage für die Arbeit der Regierungskoalition. Die gemeinsamen Ziele wurden damals von den Koalitionsparteien selbst und in der Öffentlichkeit mit den Schlagworten »Ostpolitik« (Entspannungspolitik, Verhandlungen mit der Sowjetunion, der DDR und den übrigen Ostblockstaaten) und »Innere Reformen« (Bildungsreform, Liberalisierung von Strafrecht und Strafvollzug, allgemeine Liberalisierung und Demokratisierung) umrissen.

In der Außenpolitik zeigen sich die Divergenzen zwischen den Parteien an der nur geringen Zustimmungsrates der SPD/FDP-Politiker zu der Vorstellung von der Aggressivität des Weltkommunismus und den

deutlichen Abweichungen von der CDU/CSU im Hinblick auf die Stärkung der NATO und die völkerrechtliche Anerkennung der DDR. Es wird aber auch deutlich, daß die neue Ostpolitik keine grundsätzliche Wende in der Außenpolitik bedeutete: auch bei den Koalitionsparteien spricht sich eine deutliche Mehrheit für die NATO aus, während sie bezüglich der DDR-Anerkennung gespalten sind.

In der Gesellschaftspolitik existieren bei SPD und FDP überwältigende Mehrheiten für die Liberalisierung des Strafrechts und die Einführung der Gesamtschule, während die Einführung der Todesstrafe und die Beschränkung der Meinungsfreiheit ebenso deutlich abgelehnt werden. In der Wirtschaftspolitik weisen die FDP-Politiker und -Anhänger im Vergleich zur SPD eine deutlich konservativere Haltung auf, die deren vielbeschworene »Bremsenrolle« bei wirtschaftspolitischen Reformen anschaulich illustriert.

Zusätzlich gibt es jedoch auch eine Reihe von allen Parteien gleichermaßen befürworteter Ziele, nämlich die Erhaltung der Sozialen Marktwirtschaft, die Erweiterung der Sozialversicherung, die Erhaltung des selbständigen Mittelstandes, den Umweltschutz sowie die europäische Integration. Diese Ziele stellen also offensichtlich sog. »Valenzissues« dar, bei denen parteipolitische Divergenzen nur in bezug auf die adäquaten Methoden der Zielerreichung, nicht jedoch in bezug auf die grundsätzlich positive Bewertung des Zieles selbst bestehen.²⁶

In welcher Beziehung stehen nun diese Issue-Beurteilungen zu den traditionellen Konflikten zwischen den Parteien? Diese Frage läßt sich am deutlichsten für den Bereich Wirtschaftspolitik beantworten. Hier zeigt sich die Herkunft der SPD aus der Arbeiterbewegung in ihrer einhelligen Befürwortung von Vermögensumverteilung, Reform des Bodenrechts, Erweiterung der Mitbestimmung und der Sozialversicherung. Die ebenso ausgeprägte Befürwortung des Prinzips der Sozialen Marktwirtschaft und der Sicherung des selbständigen Mittelstandes weist jedoch darauf hin, daß Veränderungen nur im Rahmen der existierenden Wirtschaftsordnung angestrebt werden.

Die wirtschaftspolitisch konservativeren Vorstellungen von FDP und CDU/CSU verweisen auf deren Tradition als »bürgerliche« Parteien. Während die FDP-Politiker jedoch bezüglich des Issues Vermögensumverteilung der CDU/CSU näherstehen als der SPD, sind sie im Hinblick auf die Erweiterung der Mitbestimmung deutlich reformfreudiger. Die innerparteiliche Verschiebung zugunsten des Reformflügels, die die Bildung der Sozialliberalen Koalition ermöglicht hatte, schloß also durchaus auch die Befürwortung wirtschaftspolitischer Reformen zugunsten von Arbeitnehmern ein. Das Eintreten der

FDP gegen die Interessen ihrer traditionellen Klientel im Unternehmertum und im alten Mittelstand kann angesichts der Verschiebung ihrer Wählerbasis, die 1972 im neuen Mittelstand lag,²⁷ nur als folgerichtig angesehen werden. Ihre Mittelposition reflektiert genau die Reforminteressen dieser Schicht, die einerseits eine Ausweitung von Arbeitnehmerrechten befürwortet, andererseits jedoch nicht an einer weitgehenden Umgestaltung der bestehenden Wirtschaftsordnung interessiert ist.²⁸

Die CDU und in noch stärkerem Maße die CSU tendieren dagegen zur Bewahrung des wirtschaftspolitischen Status quo. Dies reflektiert zunächst ebenfalls ihre Herkunft aus der Tradition des bürgerlichen Lagers, zum andern jedoch auch ihre zunehmende Übernahme des konservativen Parts im Parteiensystem. Dieser war zunächst strukturell nicht angelegt, da der politische Katholizismus nicht in erster Linie ökonomische Ziele verfolgte und schon immer über einen zahlenmäßig starken, wenn auch von Anbeginn reformistischen Arbeitnehmerflügel verfügte.²⁹

Die Entwicklung der CDU/CSU zu einer ökonomisch konservativen Partei ist möglicherweise bedingt durch die Asymmetrie des deutschen Parteiensystems, das durch zwei dauerhafte, nicht-antagonistische Koalitionen gekennzeichnet ist: die der Arbeiter mit der SPD und die der Katholiken mit der CDU/CSU. Einer Partei der gewerkschaftlichen Wirtschaftsideologie steht damit nicht eine primär ökonomisch konservative, sondern eine religiös traditionelle Partei gegenüber. Diese Situation macht es jedoch möglich, daß jede der Parteien zugleich die Gegner der anderen Partei »mitbetreut«. »So kann die SPD als Partei der gewerkschaftlichen Wirtschaftsideologie antiklerikale Issues und die CDU/CSU als Partei des religiösen Traditionalismus ökonomisch konservative Issues vertreten.«³⁰ Dies gilt für die CSU in noch stärkerem Maße als für die CDU, da sich ihre Mitgliedschaft stärker aus dem katholischen Besitzmittelstand rekrutiert und Arbeiter hier schwächer vertreten sind.³¹

Die auch gesellschaftspolitisch konservativen Einstellungen bei den Politikern und Anhängern der CDU/CSU in der Führungsschicht zeigen sich besonders deutlich bei den Issues »Erziehung der Jugend zur Einführung in die bestehende Ordnung« und »Meinungs- und Diskussionsfreiheit«.

Zwar wird die Einführung der Todesstrafe nach wie vor von der großen Mehrheit der CDU-Politiker und -Anhänger abgelehnt, aber nicht so eindeutig wie von denen der SPD und FDP. Bei diesem Issue ist auch die Differenz zwischen CDU und CSU mit 36,6% am größten.

Die sehr großen Unterschiede zwischen Koalition und Opposition bei der Bewertung der Liberalisierung des Strafrechts und der Einführung der Gesamtschule betreffen zwei konkrete Reformprojekte der Koalition, wobei die allgemeine Einführung der Gesamtschule auch tatsächlich am Widerstand der CDU/CSU gescheitert ist.

Die positive Einstellung zu gesellschaftspolitischen Reformen und die Ablehnung von Repression müssen als ein klassisches Thema der Liberalen angesehen werden, das aus deren Betonung individueller Freiheitsrechte entspringt. Die starke Befürwortung dieser Rechte durch die SPD wiederum ergibt sich nicht zwangsläufig aus deren Tradition als Arbeiterpartei und ist daher erklärungsbedürftig. Eine Ursache dafür dürfte in der oben bereits beschriebenen Asymmetrie des Parteiensystems liegen. Allerdings hat liberales Gedankengut in der SPD eine zeitlich über die Bundesrepublik hinausreichende Tradition, die durch eine bereits im Kaiserreich vorhandene Asymmetrie des Parteiensystems bedingt ist: Durch die Verbindung von liberalem Bürgertum und preußischer Monarchie mußte nämlich die SPD bereits zur Zeit ihrer Entstehung »die Emanzipationsfunktion der bürgerlichen liberalen und demokratischen Bewegung gegenüber den agrarisch-vorindustriellen politischen Eliten mit übernehmen«. ³²

An dieser Stelle sind auch die Ergebnisse des Zusammenhangs zwischen Konfession, Kirchenbindung und Parteipräferenz interessant, da der religiöse Cleavage sich ja traditionell hauptsächlich auf gesellschaftspolitische Themen bezogen hat. Auf Wählerebene ist er auch heute noch gut an der Bedeutung von Konfession und religiös fundierten Einstellungen für das Wahlverhalten zu erkennen. ³³

Tabelle 4 (S. 187) enthält für die Politiker der einzelnen Parteien die Anteile der verschiedenen Konfessionsgruppen. Diese können einen Hinweis auf den Einfluß von religiösen Werthaltungen innerhalb der Parteien geben. Für die Nicht-Politiker wird dagegen angegeben, zu welchen Anteilen die Mitglieder einer Konfessionsgruppe jeweils Präferenzen für die verschiedenen Parteien äußerten. Diese sind Hinweis darauf, aus welchen Konfessionsgruppen sich jeweils die Anhänger der Parteien über- bzw. unterdurchschnittlich rekrutieren.

Das Muster sieht für Politiker und Nicht-Politiker recht ähnlich aus: Während bei den Politikern und Anhängern der Sozialliberalen Koalition die Protestanten und die seltenen Kirchgänger überwiegen und ein im Vergleich zur Wahlbevölkerung überdurchschnittlich hoher Prozentsatz konfessionslos ist, hat die CSU ihren Schwerpunkt bei den Katholiken, die regelmäßige Kirchgänger sind, die CDU bei den regelmäßigen Kirchgängern beider Konfessionen.

Diese Ergebnisse unterstreichen die immer noch vorhandene Aktualität des religiösen Konflikts zwischen den laizistischen und christlichen Parteien, der sich bereits bei der Analyse der gesellschaftspolitischen Einstellungen zeigte.

Tabelle 4: Konfession und Parteipräferenz (Zeilenprozentwerte)

Politiker	Kirchgang:				konfessionslos
	regelmäßig ev.	kath.	unregelmäßig ev.	kath.	
SPD	7,4	3,2	47,4	9,5	32,6
FDP	7,5	—	65,0	10,0	17,5
CDU	25,0	52,5	20,0	2,5	—
CSU	18,2	72,7	9,1	—	—

Nicht-Politiker mit Präferenz für:				
	SPD	FDP	CDU	CSU
regelmäßiger Kirchgang:				
evangelisch	24,6	14,8	56,6	4,1
katholisch	11,5	4,7	71,9	12,0
unregelmäßiger Kirchgang:				
evangelisch	32,2	18,2	46,6	2,9
katholisch	34,0	9,8	45,1	11,1
konfessionslos	58,4	12,3	25,3	3,9

In der Außenpolitik dürften die politischen Cleavages mehr als in anderen Bereichen durch aktuelle Erfordernisse als durch alte Traditionen bedingt sein. Daher sollen diese Konflikte auch lediglich auf ihre Wurzeln in der politischen Entwicklung der Bundesrepublik hin untersucht werden. Es zeigt sich, daß in der CDU/CSU der der Adenauerschen Westintegrationspolitik entsprechende Antikommunismus nach wie vor dominiert. SPD und FDP haben dagegen schon vor Bildung der Sozialliberalen Koalition eine Politik der Anerkennung der Realitäten und Entspannung nach Osten bei gleichzeitiger Bewahrung der Westintegration eingeleitet, die nach 1969 zur offiziellen Regierungspolitik wurde.³⁴

6. Die Positionen von FDP-Politikern und FDP-Anhängern in den verschiedenen Führungsgruppen

IN BEZUG auf die FDP ist v. a. die Beantwortung der Frage interessant, ob und in welchem Ausmaß die einzelnen Gruppen von FDP-Anhängern den Koalitionswechsel zur SPD mitgemacht haben oder nicht. Die Analyse der Umfragedaten auf Wählerebene ergab, »daß der neue Mittelstand der FDP folgte«.³⁵

Zwar lassen sich solche Trendaussagen für die Führungsgruppen nicht machen, da Vergleichsdaten für einen früheren Zeitpunkt fehlen, jedoch kann für 1972 festgestellt werden, wie sich die FDP-Anhänger in den verschiedenen Führungsgruppen in ihren Einstellungen unterscheiden. Hier kann zunächst die präferierte Koalition wichtige Aufschlüsse geben:

	Sozialliberale Koalition	Kleine Koalition CDU/CSU und FDP	Andere
FDP-Anhänger:			
insgesamt	61,7	18,3	20,0
Ministerialbürokratie	75,0	13,2	11,8
Massenmedien	79,3	10,3	10,4
Wirtschaft	41,9	34,9	23,2

Während die FDP-Anhänger in der Ministerialbürokratie und den Massenmedien in ihrer überwiegenden Zahl als Anhänger der Sozialliberalen Koalition bezeichnet werden können, hätte ein nicht unbeachtlicher Anteil der FDP-Anhänger in der Wirtschaftselite nach wie vor die traditionelle bürgerliche Koalition mit der CDU/CSU vorgezogen. Um darüber hinaus einen Überblick über das Ausmaß der Divergenzen zwischen den Parteien zu erhalten und feststellen zu können, wo in diesem Spektrum die einzelnen Gruppen von FDP-Anhängern lokalisiert sind, wurden in Tabelle 5 die Werte für die Politiker der vier Parteien sowie der FDP-Anhänger zusammengestellt. Zum Zweck besserer Übersichtlichkeit wurden diejenigen Issues der einzelnen Politikbereiche zusammengefaßt, die nach den Ergebnissen von Tabelle 3 die größten Einstellungsunterschiede hervorbrachten.

Es zeigt sich, daß die Position der FDP-Anhänger in den Massenmedien in allen drei Bereichen weitgehend mit der der FDP-Politiker übereinstimmt. Dies ist v. a. deshalb von Bedeutung, da diese Gruppe

Tabelle 5: Einstellungsdivergenzen zwischen den Parteien und den FDP-Anhängern in den verschiedenen Führungsgruppen

Mittelwerte – die Wertebereiche gehen von 1 bis 6, wobei ein hoher Wert eine progressive, ein niedriger dagegen eine konservative Position indiziert

	Außen- politik ^{a)}	Gesellschafts- politik ^{b)}	Wirtschafts- politik ^{c)}
SPD-Politiker	3,6	4,7	4,6
FDP-Politiker	3,6	4,8	3,5
CDU-Politiker	1,6	3,1	3,0
CSU-Politiker	1,6	2,4	2,6
FDP-Anhänger: insgesamt	3,2	4,0	3,3
Ministerialbüro- kratie	2,9	3,9	3,4
Massenmedien	3,6	4,5	3,9
Wirtschaft	3,2	3,8	2,6

^{a)} Statements 1, 2, 3 aus Tabelle 3

^{b)} Statements 5–9 aus Tabelle 3

^{c)} Statements 10, 12, 13, 15 aus Tabelle 3

einen maßgeblichen Einfluß auf das von den Massenmedien verbreitete Image der FDP haben dürfte.

Die FDP-Anhänger in der Ministerialbürokratie sind dagegen in der Außen- und Gesellschaftspolitik etwas konservativer und stehen speziell im letzten Bereich in der Mitte zwischen CDU- (nicht jedoch CSU-) und FDP-Politikern.

Die FDP-Anhänger in der Wirtschaft schließlich stimmen am wenigsten mit den Politikern ihrer Partei überein, sondern nehmen in allen drei Politikbereichen eine deutlich konservativere Position ein. In außenpolitischen Fragen stehen sie den FDP-Politikern näher als der CDU/CSU, in gesellschaftspolitischen nehmen sie eine mittlere Position zwischen FDP und CDU ein. In wirtschaftspolitischen Fragen stimmen sie jedoch mit der CDU/CSU überein, die hier ihre Interessen offensichtlich besser vertritt als die FDP.

Diese Ergebnisse indizieren eine beträchtliche Spannung innerhalb der FDP. Während 1972 die meisten ihrer Wähler die Umorientierung zur SPD mitgemacht hatten, ist dies bei ihren Anhängern innerhalb der Führungsgruppen nicht im selben Ausmaß der Fall. Hier gibt es

v. a. bei den FDP-Anhängern in der Wirtschaftselite noch eine starke Gruppe, die das traditionelle Wählerpotential der Partei repräsentiert. Diese Gruppe weicht v. a. in wirtschaftspolitischen Fragen stark von den FDP-Politikern und den FDP-Anhängern in den übrigen Gruppen ab. Außerdem befürwortet nur eine – wenn auch starke – Minderheit dieser Gruppe die Sozialliberale Koalition. Angesichts der starken Spendenabhängigkeit der FDP kann sie strategische Bedeutung für wirtschaftspolitische Entscheidungen der FDP-Führung erlangen und deren Handlungsspielraum erheblich einengen. So muß die Parteiführung einerseits den Wünschen der SPD nach wirtschaftspolitischen Reformen – die im übrigen von den SPD-Anhängern in den nicht-politischen Führungsgruppen geteilt werden (Mittelwert 4,4) – Widerstand entgegensetzen, um nicht ihre Klientel bei Unternehmern und Wirtschaftsverbänden zu verlieren, andererseits muß sie jedoch aufgrund sachlicher Gemeinsamkeiten in der Außen- und Gesellschaftspolitik und ihres weitgehend ausgetauschten Wählerpotentials an der Koalition festhalten. Auch wenn die benutzten Daten bereits vor acht Jahren erhoben wurden, dürfte diese Situationsbeschreibung heute noch zutreffend sein.

Anmerkungen

- 1 U. a. Hans D. Klingemann/Franz Urban Pappi, Die Wählerbewegungen bei der Bundestagswahl 1969, in: Politische Vierteljahresschrift 11 (1970), S. 111–138; Franz Urban Pappi, Parteiensystem und Sozialstruktur in der Bundesrepublik, in: Politische Vierteljahresschrift 14 (1973), S. 191–213; Ursula Feist/Klaus Liepelt, Machtwechsel in Raten: Das Parteiensystem auf dem Weg zur Mitte, in: transfer 2, 2. Auflage, Opladen 1977, S. 35 ff.
- 2 Gesichert ist jedoch der dramatische Rückgang der Spenden für die FDP als Reaktion auf die Regierungsbildung 1969, der bis kurz vor der Bundestagswahl 1972 andauerte. Vgl. dazu Wolfgang Hoffmann, Die Finanzen der Parteien, München 1973, S. 150 f.
- 3 Genauere Informationen über Anlage, Themen und Ergebnisse der Untersuchung finden sich in einem Tabellenband: Ursula Hoffmann-Lange/Helga Neumann/Helmut Palme/Bärbel Steinkemper, Westdeutsche Führungsschicht. Eine sozialwissenschaftliche Untersuchung der Inhaber von Führungspositionen. Hrsg. von Werner Kaltefleiter und Rudolf Wildenmann, Kiel/Mannheim 1973.
Eine umfassende Darstellung der Ergebnisse in: Ursula Hoffmann-Lange/Helga Neumann/Bärbel Steinkemper, Konsens und Konflikt zwischen Führungsgruppen in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt 1980. Die folgenden Gruppen von Positionsinhabern wurden in die Befragung mit einbezogen:

1. **Politik:** Mitglieder der Bundesregierung, der Vorstände der Bundestagsfraktionen, -ausschüsse und der Arbeitskreise der Bundestagsfraktionen; Mitglieder der Landesregierungen; Mitglieder der Bundesparteivorstände sowie Landesvorsitzende und -geschäftsführer der Parteien.

2. **Ministerialbürokratie:** politische Beamte auf Bundes- und Landesebene (Staatssekretäre und Ministerialdirektoren) sowie Abteilungsleiter in Landesministerien und Unterabteilungsleiter in Bundesministerien.

3. **Massenmedien:** Intendanten, Programmdirektoren, Chefredakteure, Leiter politischer und wirtschaftspolitischer Abteilungen in den Rundfunkanstalten; Chefredakteure, Ressortleiter für Politik und Wirtschaft der größten Tages- und Wochenzeitungen sowie Zeitschriften.

4. **Herausgeber:** Verleger der obengenannten Presseorgane.

5. **Wirtschaft:** Vorstandsmitglieder der größten Unternehmen in Industrie, Handel, Verkehr, Banken und Versicherungen; Bundesvorsitzende, Stellvertretende Bundesvorsitzende sowie Bundesgeschäftsführer der größten Wirtschaftsverbände.

6. **Gewerblicher Mittelstand:** Bundespräsidenten und -vizepräsidenten sowie Bundesgeschäftsführer von Interessenorganisationen des Handwerks und Einzelhandels.

7. **Landwirtschaft:** Vorsitzende, Stellvertretende Vorsitzende und Geschäftsführer von Landwirtschaftsorganisationen auf Bundes- und Landesebene.

8. **Gewerkschaften:** Bundesvorsitzende, Stellvertretende Bundesvorsitzende und Bundesgeschäftsführer der größten Arbeitnehmerorganisationen, incl. der Einzelgewerkschaften des DGB.

9. **Wissenschaft:** Rektoren/Präsidenten von Universitäten und Technischen Hochschulen; Vorsitzende und Generalsekretäre von bundesweiten Organisationen der Wissenschaft und Forschung.

10. **Militär:** Inhaber militärischer Führungspositionen bis einschließlich Divisionskommandeuren.

Die Ausschöpfungsrate (% der realisierten Interviews) lag insgesamt bei 60%. Sie war in den einzelnen Sektoren jedoch sehr unterschiedlich und reichte von 41% bei den Industrieunternehmen bis 80% bei Gewerkschaften und Wissenschaft. Im Sektor Politik betrug sie 65%.

4 Es wird hier der in der neueren politikwissenschaftlichen Literatur übliche Elitebegriff verwandt, der die Zugehörigkeit zu einer gesellschaftlichen Elite am Kriterium des Einflusses auf wichtige Entscheidungen festmacht. Vgl. u.a. Wolfgang Zapf, Wandlungen der deutschen Elite, München 1965, S. 12; Erwin K. Scheuch, Soziologie der Macht, in: Hans K. Schneider/Christian Watrin (Hrsg.), Macht und ökonomisches Gesetz, Berlin 1973, S. 1028.

5 Sehr viele Elitetheoretiker glauben offensichtlich, daß schon die Verwendung des Elitebegriffs es notwendig macht, von einem dichotomen Machtbegriff auszugehen, u.a. Wolfgang Zapf, Führungsgruppen in West- und Ostdeutschland, in: Ders. (Hrsg.), Beiträge zur Analyse der deutschen Oberschicht, München 1965, S. 9; Erwin K. Scheuch (Anm. 4), S. 1030. Jeder jedoch, der in der Praxis versucht, Elitemitglieder zu identifizieren

und eine Elite nach unten hin eindeutig abzugrenzen, wird sich sehr schnell davon überzeugen, daß es einen großen Grenzbereich gibt, bei dem nicht eindeutig geklärt werden kann, ob die betreffende Person nun zur Elite gehört oder nicht. Neuere empirische Untersuchungen gehen daher von einem kontinuierlichen Machtbegriff aus und versuchen mit Hilfe von Netzwerkanalysen die Beziehungen zwischen Elitemitgliedern zu erfassen und von daher diese Frage empirisch zu lösen. Dies ist auf lokaler Ebene bereits mit Erfolg durchgeführt worden, in der Bundesrepublik von Edward O. Laumann/Franz Urban Pappi, *Networks of Collective Action: A Perspective on Community Influence Systems*, New York 1976. Für nationale Eliten gibt es jedoch bisher erst Anfänge, Machtstrukturen mit Hilfe von Netzwerkanalysen in den Griff zu bekommen.

- 6 Diese Auffassung wird von den meisten Forschern in der Bundesrepublik geteilt, u. a. von Dahrendorf, Wildenmann und Zapf. Scheuch hält demgegenüber an der Auffassung fest, daß der Institutionalisierungsgrad von Macht auch in solchen Gesellschaften variabel ist. Zwar muß diese Frage strenggenommen als eine empirisch noch zu klärende betrachtet werden, aus Gründen der Praktikabilität wurde jedoch bei nationalen Eliteuntersuchungen bisher in der Regel der Positionsansatz verwendet. Ralf Dahrendorf, *Gesellschaft und Demokratie in Deutschland*, München 1965, S. 246; Erwin K. Scheuch, *Soziologie der Macht*, (Anm. 4), S. 1005; Rudolf Wildenmann, *Germany 1930/1970. The Empirical Findings*, in: Ders. (Hrsg.), *Sozialwissenschaftliches Jahrbuch für Politik*. München 1971, S. 49. Wolfgang Zapf, *Führungsgruppen* (Anm. 5), S. 10.
- 7 Zur Diskussion verschiedener theoretischer Ansätze zur Systematisierung des Problems der Nicht-Entscheidungen s. Claus Offe, *Klassenherrschaft und politisches System. Zur Selektivität politischer Institutionen*, in: Ders., *Strukturprobleme des kapitalistischen Staates*, Frankfurt 1973.
- 8 Zum Begriff der »aktiven Politik« s. Renate Mayntz/Fritz Scharpf, *Kriterien, Voraussetzungen und Einschränkungen aktiver Politik*, in: Dies. (Hrsg.), *Planungsorganisation*, München 1973.
- 9 Vgl. dazu ausführlicher: Claus Offe, *Politische Herrschaft und Klassenstrukturen. Zur Analyse spätkapitalistischer Gesellschaftssysteme*, in: Gisela Kress/Dieter Senghaas (Hrsg.), *Politikwissenschaft. Eine Einführung in ihre Probleme*, Frankfurt 1969, S. 180 ff.
- 10 Leider läßt sich wegen der geringen Fallzahl nicht feststellen, ob dasselbe auch für die Führungsgruppe in Funk/Fernsehen gilt.
- 11 S. dazu u. a. John Higley/G. Lowell Field/Knut Grøholt, *Elite Structure and Ideology. A Theory with Applications to Norway*. New York 1976, S. 20.
- 12 Seymour Martin Lipset/Stein Rokkan, *Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments: An Introduction*, in: Dies. (Hrsg.), *Party Systems and Voter Alignments*, New York 1967, S. 4.
- 13 Es versteht sich von selbst, daß der Übergang von den Spielregeln zu den Inhalten von Entscheidungen fließend ist, da die Ergebnisse von Entscheidungen wiederum Rückwirkungen auf die Spielregeln oder auf die Machtrelationen zwischen den beteiligten Gruppen haben können. So ist z. B. mehrfach darauf hingewiesen worden, daß die Akzeptierung des Prinzips der marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung, das zwar prinzipiell nicht Bestandteil der Spielregeln ist, allgemein als fundamental für die Aufrecht-

- erhaltung der politischen Stabilität gehalten wird. Vgl. dazu Peter Bachrach, *Elite Consensus and Democracy*, in: *Journal of Politics*, 1962, S. 442; und Gerhard Lehmbruch, *Strukturen ideologischer Konflikte beim Parteienwettbewerb*, in: *Politische Vierteljahresschrift* 10 (1969), S. 291.
- 14 Herbert McClosky, *Consensus and Ideology in American Politics*, in: Charles F. Cnudde/Deane E. Neubauer (Hrsg.), *Empirical Democratic Theory*, Chicago 1969, S. 276 f. James W. Prothro/Charles M. Grigg, *Fundamental Principles of Democracy: Bases of Agreement and Disagreement*, in: Cnudde/Neubauer, S. 249.
 - 15 McClosky (Anm. 14), S. 289; Prothro/Grigg (Anm. 14), S. 250.
 - 16 Lehmbruch (Anm. 13), S. 302; Prothro/Grigg (Anm. 14), S. 250.
 - Offe stellt ähnliche Überlegungen an, indem er von der Notwendigkeit der »Sicherung der Massenloyalität« spricht, die das »funktional erforderliche Maß apathischer Folgebereitschaft« gewährleisten soll. Diese stellt er ausdrücklich dem traditionellen Legitimitätsbegriff gegenüber, der einen Konsens über eine gegebene Ordnung implizierte. Vgl. Offe, *Politische Herrschaft und Klassenstrukturen* (Anm. 9), S. 181.
 - 17 Sigmund Neumann, *Die Parteien der Weimarer Republik*, 2. Auflage, Stuttgart 1970, S. 19 ff. Jürgen Dittberner, *Entwicklungstendenzen des Parteiensystems in der Bundesrepublik*, in: Jürgen Dittberner/Rolf Ebbighausen (Hrsg.), *Parteiensystem in der Legitimationskrise*, Opladen 1973, S. 501.
 - 18 Zur Rolle der CSU als betont konservative Partei vgl. Alf Mintzel, *Die CSU in Bayern*, in: Dittberner/Ebbighausen (Anm. 17), S. 349 ff.
 - 19 Heino Kaack, *Geschichte und Struktur des deutschen Parteiensystems*, Opladen 1971, S. 421.
 - 20 Die von Pappi dargestellten Ergebnisse für das Wahlverhalten der verschiedenen Schicht- und Religionsgruppen zeigen, daß die einzelnen Parteien zwar ihre Schwerpunkte in bestimmten Bevölkerungsgruppen haben, daß sie aber weit davon entfernt sind, in irgendeiner Gruppe ein Monopol zu besitzen. Vgl. Pappi, *Parteiensystem und Sozialstruktur* (Anm. 1), S. 199. Außerdem hat auch »der Prozentsatz der mit sozialstrukturellen Variablen erklärbaren ›Varianz‹ der dichotom erfaßten Wahlentscheidung im Zeitverlauf abgenommen«. Vgl. Franz Urban Pappi, *Sozialstruktur, Wertorientierungen und Wahlabsicht*, in: *Politische Vierteljahresschrift* 18 (1977), S. 202.
 - 21 So schreibt Lepsius: »Doch darf die nominale Zurechnung bestimmter Parteien zu traditionellen sozio-kulturellen Milieus nicht dazu verleiten, eine Konstanz der historisch konstitutiven Konfliktlagen anzunehmen, auch wenn die Parteien selbst sich einer historisierenden Selbstdarstellung bedienen.« M. Rainer Lepsius, *Wahlverhalten, Parteien und politische Spannungen*, in: *Politische Vierteljahresschrift* 14 (1973), S. 311. Eine ähnliche Meinung vertritt Pappi in: *Parteiensystem und Sozialstruktur* (Anm. 1), S. 192.
 - 22 Lehmbruch (Anm. 13), S. 311.
 - 23 Pappi, *Parteiensystem und Sozialstruktur* (Anm. 1), S. 211.
 - 24 Dittberner, *Entwicklungstendenzen des Parteiensystems* (Anm. 17), S. 491.
 - 25 Vgl. dazu Lepsius (Anm. 21), S. 304; Otto Stammer/Peter Weingart, *Politische Soziologie*, München 1972, S. 174 ff.; Otwin Massing, *Politische So-*

- ziologie. Paradigmata einer kritischen Politikwissenschaft, Frankfurt 1974, S. 83, 114.
- 26 Zur Definition von Valenz-Issues s. Hans Dieter Klingemann, Issue-Kompetenz und Wahlentscheidung, in: Politische Vierteljahresschrift 14 (1973), S. 229ff.
 - 27 Pappi, Parteiensystem und Sozialstruktur (Anm. 1), S. 199f.
 - 28 So zeigen die von Pappi vorgestellten Daten über den Wandel von Wertorientierungen 1976 eine Zunahme positiver Einstellungen der Angehörigen des neuen Mittelstandes zu den Gewerkschaften (62% im Vergleich zu 52% im Jahr 1953). Der Unterschied zu den Selbständigen (28%) und Landwirten (31%) spiegelt deutlich deren unterschiedliche Interessenlage wider. Vgl. Pappi, Sozialstruktur, Wertorientierungen und Wahlabsicht (Anm. 20), S. 221, Tabelle 8.
 - 29 Zur konservativen ökonomischen Ausrichtung der CDU/CSU vgl. Dittberner, Entwicklungstendenzen des Parteiensystems (Anm. 17), S. 483ff. Zum Arbeitnehmerflügel: Rolf Ebbighausen/Wilhelm Kaltenborn, Arbeiterinteressen in der CDU? Zur Rolle der Sozialausschüsse, in: Dittberner/Ebbighausen (Anm. 17), S. 172ff.
 - 30 Pappi, Sozialstruktur, Wertorientierungen und Wahlabsicht (Anm. 20), S. 196.
 - 31 Mintzel (Anm. 18), S. 355f.
 - 32 Dieter Groh, Die Sozialdemokratie im Verfassungssystem des 2. Reiches, in: Hans Mommsen (Hrsg.), Sozialdemokratie zwischen Klassenbewegung und Volkspartei, Frankfurt 1974, S. 63, 65.
 - 33 Pappi, Sozialstruktur, Wertorientierungen und Wahlabsicht (Anm. 20), S. 201, 215.
 - 34 Zur Umorientierung der FDP und SPD in der Ostpolitik vgl. Kaack (Anm. 19), S. 334; und Peter Arend, Die innerparteiliche Entwicklung der SPD 1966–1975, Bonn 1975, S. 95ff.
 - 35 Pappi, Parteiensystem und Sozialstruktur (Anm. 1), S. 209.